

# SCHAUPLATZ BUNDESHAUS



NATIONALRÄTIN **PETRA GÖSSI** IM EINSATZ FÜR DEN KANTON SCHWYZ

25. März 2015

## Liebe Leserinnen und Leser

Die Frühjahrssession ist vorbei. Für mich waren die Tage in Bern geprägt von der NFA-Diskussion. So gross die Freude über den Entscheid des Nationalrats war, so gross war dann auch die Enttäuschung über die Haltung des Ständerats. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Kürzung des Ressourcenausgleichs bedeutet nämlich nur, dass sich das Parlament an den gesetzlichen Rahmen hält, weil die 85 Prozent-Zielgrösse auch mit weniger finanziellen Mitteln von allen Kantonen erreicht werden.

Dies verweigerte jedoch der Ständerat und somit tritt er die Kantonssolidarität mit Füssen. Nun kommt das Geschäft wieder in den Nationalrat und irgendwann wird es wohl einen typisch schweizerischen Kompromiss geben. Die Krux ist, dass sich der Kompromiss nicht nach dem geltenden Gesetz richten wird. Wer ihm aber zustimmt, wird sich später nur noch schwer gegen diese Regelung zur Wehr setzen können. Was ist nun besser? Auf das Gesetz pochen, sich gegen einen Kompromiss wehren und kurzfristig keine Lösung haben? Oder jährlich ein paar Millionen einsparen und sich für die nächsten Jahre kaum mehr zur Wehr setzen können? Ich habe mich noch nicht entschieden... aber schlaflose Nächte sind garantiert.

Sie - liebe Leserinnen und Leser - werden aber an dieser Stelle kein Gejammer meinerseits lesen. Dazu schätze ich die Möglichkeiten unserer direkten Demokratie, einem funktionierenden Bundesstaat und die Chancen eines jeden Parlamentariers, sich kreativ und mit Nachhaltigkeit für Verbesserungen im Staatsgefüge und für die Menschen in diesem Land einzusetzen, zu sehr. So erlebe ich den politischen Alltag als spannende Arbeit, in der es viel Platz für kluges Vorgehen, Engagement und Leidenschaft hat. Das gefällt mir sehr.

Danke für Ihr Interesse. Mit herzlichen Grüssen

Ihre Petra Gössi

## **NFA - der Druck auf die Nehmerkantone muss forciert werden**

Wie bereits geschrieben, hat der Ständerat es verpasst, das Erreichen der gesetzlichen Zielgrösse von 85 Prozent anzuerkennen und den NFA-Topf zu reduzieren. Damit ist zum Entscheid des Nationalrats eine Differenz geschaffen worden, die eine weitere Debatte in «meinem» Rat erfordert. Ich glaube zwar, dass die grosse Kammer am bereits einmal gefällten Entscheid festhält. Wenn die Differenz bis am Schluss bestehen bleibt, käme es zu einer Einigungskonferenz. Jawohl, richtig gelesen! Die Mitglieder der Finanzkommissionen beider Räte werden dazu verknurrst, sich zu finden. Das Resultat wird ein gut-eidgenössischer Kompromiss sein. Er wird niemanden glücklich machen und schon gar nicht das Problem lösen. Einzig der Bundesrat darf sich die Hände reiben. Dieser ist das Problem für ein Weilchen los und die starren Regeln des NFA würden zementiert, weil die Nehmerkantone argumentieren können, dass sie den Geberkantonen ja bereits entgegen gekommen sind.

Die Problematik ist, dass sich der NFA-Beitrag nach dem Gesetz richten müsste. Ein Kompromiss tut dies aber nicht und ist in meinen Augen eine Basar-Lösung. Die Nehmer offerieren mit dem Kompromiss quasi ein Zückerchen. Das ist sachlich nicht begründbar und schon gar nicht die ursprünglichen Idee des NFA.

Dann wäre da noch die Schwyzer Standesinitiative. Der Ständerat hat diese bereits in der Herbstsession 2012 versenkt. Im Zweikammersystem funktioniert es nun mal so, dass sich beide Räte für einen Vorstoss aussprechen müssen. Sonst ist dieser vom Tisch. Deshalb hatte der Nationalrat gar keine Möglichkeit mehr, der Initiative zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wenn mein SVP-Kollege Pirmin Schwander sich darüber in einem Leserbrief über uns Schwyzer Nationalräte beschwerte. Nicht gerade die feine Art, aber was soll's.

Die FDP hat dem bundesrätlichen Vorschlag, den Ressourcentopf zu minimieren, immerhin mit dem besten Stimmenverhältnis zugestimmt. Unsere Fraktion war mit einem Verhältnis von 2/3 zu 1/3 überzeugt, dass der NFA eine Korrektur erfahren soll. Insbesondere die Zentralschweizer und Berner Vertreter haben sich mit unseren Anliegen solidarisiert, was ich ihnen hoch anrechne. Die Debatte zeigt auch, wie schwierig die künftige Diskussion über den NFA sein wird. Eine materielle Änderung zugunsten der Geberkantone ist nicht absehbar und wird mit dem zu erwartenden Kompromiss in noch weitere Ferne rücken. Mit Blick auf einen starken Zusammenhalt der Schweizer Kantone ist dies in meinen Augen aber unumgänglich.

Die letzten Wochen haben aber gezeigt, dass es wirksam ist, Druck auf die Nehmerkantone zu machen. Einige Vertreter haben zugehört und unsere Anliegen ernst genommen. Das hätten sie nicht, wenn wir uns nicht entsprechend geäussert hätten. Deshalb haben wir den Vorstoss, einen Teil des Betrages auf ein Sperrkonto zu bezahlen, immer noch im Köcher, auch wenn Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf damit überhaupt nicht einverstanden ist. Zudem werde ich auch ein Kantonsreferendum unterstützen. Dies wird von den Kantonen noch mehr gefürchtet, weil ein solcher Schritt grosse Auswirkungen auf die Kohäsion der Schweiz hätte.

## **Mein Vorstoss zur Frankenstärke & die Stärkung der liberalen Anliegen**

Ursprünglich hatte ich geplant, einen Vorstoss zum öffentlichen Beschaffungswesen einzureichen. Ziel war, dass sämtliche Anbieter nur noch in Schweizer Franken anbieten und abrechnen dürfen, damit bei WTO-Ausschreibungen auch Schweizer Firmen noch eine Chance haben. Ich habe den Vorstoss dann aber doch nicht eingereicht, weil mir die Massnahme zu protektionistisch war. Wer sich für Wettbewerb ausspricht, muss auch in schwierigen Zeiten mit Wettbewerb umgehen können. Meines Erachtens haben seit dem 15. Januar 2015, mit dem Entscheid der Nationalbank, die Euro-Untergrenze aufzuheben, liberale Argumente in der Politik wieder an Gehör gewonnen. Es ist nun über die Parteigrenze der FDP hinaus legitim, Bürokratie abbauen und den Staat drosseln zu wollen. Allerdings hilft ein Abbau der Bürokratie den Unternehmungen nicht unmittelbar, da sie seit dem 15. Januar in Form von

Feuerwehrrübungen dabei sind, ihre Kunden bei der Stange zu halten. Bis die Bürokratie abgebaut ist, dauert es aber zweifellos zu lange. Die Linke fordert hingegen, dass der Staat möglichst viel ausgeben und sich verschulden soll. Im Weiteren sollen die Arbeitnehmerrechte gestärkt werden. Das hilft niemandem. Der Staat investiert vornehmlich in (Sozial)-Leistungen, die uns vor allem träger, aber nicht wettbewerbsfähiger machen. Und es nützt den Arbeitnehmenden auch nichts, wenn sie zwar starke Rechte, aber wegen der Starrheit der Regeln bald keinen Arbeitsplatz mehr haben. In der Regel sind Angestellte bereit, in Krisensituationen mitzuhelfen und auf einen Teil des Lohnes zu verzichten oder mehr zu leisten. Es liegt aber auch in der Verantwortung des Unternehmers, für ein gutes Klima in den Unternehmungen besorgt zu sein und seine Dankbarkeit gegenüber den Angestellten entsprechend auszudrücken.

Ich freue mich auf die nächste Session. Die Arbeit geht uns mit Bestimmtheit nicht aus!

### **Petra Gössis Seitenblicke**

Ich gebe es gerne zu. Ich freue mich immer wieder, wenn ich im Bundeshaus Besuch aus meinem Heimatkanton bekomme. In dieser Session haben mich die Jungfreisinnigen des Kantons Schwyz besucht. Laura Calendo, Lukas Lienert, Stefan Imhof und Ramon Eberdorfer wollten wissen, was Bundesbern zu bieten hat. Sie konnten der Debatte sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat folgen und im Anschluss haben wir im Restaurant des Alpes im Bundeshaus etwas gegessen. Natürlich durfte das gemeinsame Foto unter der Kuppelhalle nicht fehlen und ich bin überzeugt, die jungen Politikerinnen und Politiker, die sich für Bern und die Schweiz interessieren und eine liberale Einstellung haben, sind mit vielen neuen Eindrücken zurück in den Kanton Schwyz gefahren.



Zum Ende der Session wurde ich von einem Fraktionsmitglied darauf angesprochen, dass ich bei einigen Geschäften alleine auf weiter Flur mit der SVP gestimmt habe. Ob dies eine Positionierung für den Wahlkampf sei? Solche Fragen finde ich erschreckend, denn sie zeigen auf, wie weit ein Politiker bereit ist zu gehen, egal, welcher Partei er angehört. Ich bin weder käuflich noch bereit, mich für einen vermeintlichen Erfolg zu verbiegen. Ich hoffe, ich kann mir während meiner politischen Karriere treu bleiben und bei jedem Geschäft so stimmen, wie es meiner Überzeugung entspricht. Wahlkampf hin oder her!